

Whitepaper des Bundesverbands PPP

Mit Sondervermögen Infrastruktur und ÖPPs gegen den Investitionsstau in Deutschland

Hamburg, 14. März 2025 -

Der Bundesverband PPP (Public-Private Partnership) repräsentiert die Interessen von rund 100 privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen und Experten aus den Bereichen Infrastruktur, Bau und Verkehr. Er fördert die partnerschaftliche Zusammenarbeit öffentlicher und privater Akteure zur bedarfsgerechten sowie nachhaltigen Entwicklung und Erhaltung der öffentlichen Infrastruktur.

Der Verband ist davon überzeugt, dass Öffentlich-Private Partnerschaften ein wirksamer Schlüssel zum Abbau des Investitionsstaus in Deutschland sind. Die zunächst höheren Kosten bei der Erstfinanzierung von ÖPP-Projekten führen über den gesamten Lebenszyklus hinweg zu nachhaltigen Einsparungen für Auftraggeber und steigern dadurch die finanzielle Planbarkeit für öffentliche Haushalte.

Der Bundesverband PPP begrüßt die voranschreitenden Gespräche zur Bildung der neuen Bundesregierung und sieht in der bevorstehenden Legislaturperiode eine entscheidende Chance, die Rahmenbedingungen für den Infrastrukturausbau in Deutschland zu verbessern. Seit Jahren hat sich in diesem Bereich ein Investitionsstau durch unzureichende Unterhaltung und verschleppte Sanierungsausgaben in der deutschen Infrastruktur aufgebaut. PPP-Modelle, die den langfristigen Bedarf öffentlicher Auftraggeber mit der Expertise und den Kapazitäten der Privatwirtschaft verbinden, bieten insbesondere in den Bereichen Infrastruktur, Bildung und Verteidigung eine passende und vorteilhafte Lösung.

Dafür müssen die Rahmenbedingungen jedoch verbessert werden:

1. Förderung der Investition privaten Kapitals

Der Infrastrukturausbau kann auch ohne den Aufbau weiterer öffentlicher Schulden funktionieren. Zahlreiche institutionelle und semi-professionelle Investoren sind bereit, einen Teil ihres Anlagevermögens in den Ausbau der deutschen Infrastruktur zu investieren. ÖPPs bieten diesen Anlegergruppen wie Versicherungen und Pensionsfonds einen passenden Rahmen, um das

private Kapital, das sich letztlich aus dem Sparvermögen der Deutschen zusammensetzt, zu bündeln und angemessen zu verzinsen. Dadurch profitieren Sparer sowohl als Anleger als auch als Nutzer von der verbesserten Infrastruktur im Land. Die Bundesregierung sollte daher für den Bedarf der Erhaltung und Erneuerung der Verkehrsinfrastruktur gezielt den Beschaffungsweg ÖPP und dadurch den privaten Sektor als Kapitalpartner mitdenken.

2. Keine Haushaltsfinanzierung ohne Prüfung einer ÖPP-Fähigkeit

Dort, wo Öffentlich-Private Partnerschaften die wirtschaftlich bessere Alternative darstellen, sollen sie auch genutzt werden. Ab einem Investitionsvolumen von 25 Millionen Euro sollten öffentliche Projekte verbindlich auf ihre PPP-Fähigkeit hin überprüft werden. Grundsätzlich verpflichten die Haushaltssordnungen bereits heute zur Prüfung aller finanzwirksamen Maßnahmen, inwieweit staatliche Aufgaben durch Ausgliederung und Entstaatlichung erfüllt werden können. Die Bundesregierung sollte daher weitere Anreize für Länder und Kommunen schaffen, um diese Prüfung diskriminierungsfrei zu gewährleisten.

3. Bessere Nutzung der vorhandenen Kapazitäten

Mit ÖPP-Projekten kauft die öffentliche Hand eine lebenszyklusorientierte Lösung für ihren Bedarf im Wettbewerb um die beste technische und wirtschaftliche Umsetzung ein. Sie greift damit bereits von Beginn an auf das Know-how, die Expertise und die Managementkompetenz von spezialisierten Unternehmen zurück. Viele Kommunen, aber auch die ausführenden Stellen anderer föderaler Ebenen verfügen nicht über die erforderlichen Kapazitäten, komplexe Projekte alleine zu stemmen. ÖPP bietet ihnen die Möglichkeit, sich auf Bauherrenaufgaben zu konzentrieren und die Ressourcen für einen schnelleren Abbau des Investitionsstaus zu nutzen.

4. Verwendung von ÖPPs in anderen Anwendungsbereichen

ÖPPs finden im Bereich der Straße und öffentlicher Gebäude ihre Hauptanwendung und haben sich in diesem Bereich bewährt. Die Erfahrungen können auch für andere Anwendungsfelder genutzt werden. Denkbar wären etwa die Bereiche Infrastruktur für Verteidigung, Wasserstraßen sowie Strom- und Wärmenetze.

5. Integration von Nachhaltigkeitskriterien

Nachhaltigkeit kann nur über die Betrachtung des gesamten Lebenszyklus sinnvoll erreicht werden. Diese den Lebenszyklus umfassende Perspektive wird durch eine Vergabe als ÖPP gewährleistet, da sie sowohl Errichtung als auch Betrieb umfasst. Wir fordern die Bundesregierung auf, verbindliche und messbare Nachhaltigkeitskriterien in die Planung, Durchführung und den Betrieb von Infrastrukturprojekten zu integrieren. Diese umfasst ökologische, ökonomische und soziale Aspekte in gleichem Maße und muss alle Wertschöpfungsstufen umfassen.

Fazit:

Der Bundesverband PPP sieht in der neuen Bundesregierung einen wichtigen Partner, um die Potenziale von Public-Private Partnerships in Deutschland auszuschöpfen. Wir sind überzeugt, dass die Umsetzung unserer Forderungen nicht nur zur Verbesserung der Infrastruktur und der öffentlichen Dienstleistungen beiträgt, sondern auch zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Wir freuen uns auf einen konstruktiven Dialog und die Zusammenarbeit mit der neuen Bundesregierung, um gemeinsam die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Mit freundlichen Grüßen,

Monica A. Schulte Strathaus
Erste Vorstandsvorsitzende
Bundesverband PPP

Für weitere Informationen und Statements kontaktieren Sie bitte den Bundesverband PPP e.V., informieren sich auf www.bppp.de oder über unser Profil auf LinkedIn.

Der Bundesverband Public Private Partnership (BPPP e.V.) ist eine führende Know-how-Plattform und der zentrale Ort für den Erfahrungsaustausch und die Weiterentwicklung lebenszyklusorientierter Planung und Umsetzung von Immobilien- und Infrastrukturprojekten öffentlicher Auftraggeber unter partnerschaftlicher Einbindung privater Auftragnehmer in Deutschland. Insbesondere fördert er die partnerschaftliche Zusammenarbeit öffentlicher und privater Akteure zur bedarfsgerechten sowie nachhaltigen Entwicklung und Erhaltung der öffentlichen Infrastruktur.

Bundesverband Public Private Partnership (BPPP) e.V.
c/o Alfen Consult GmbH
Fritz-Seger-Str. 19
04155 Leipzig
Email: info@bppp.de
Tel.: 0341 / 355276 -40